Aktiv gegen Strahlung

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft**

Band (Jahr): **9 (1987)**

Heft 33

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-653049

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

gering wie vernünftigerweise handhabbar« oder *»so weit verringern wie vernünftigerweise möglich«* offenhalten soll.[1] (S. 83)

Der Jurist Prof. Bothe will angesichts der Tatsache, daß er etwa 10 km vom AKW Biblis entfernt wohnt, die Verantwortung lieber bei den Behörden vor Ort sehen. Denn: *»Wenn es wirklich eilig ist, kommt der Bund eh zu spät.«*[1] (S. 158) Warum die Strahlenschutzkommission den Grenzwert aus der StrlSchV für Menschen in der direkten Umgebung eines (deutschen) Unfallreaktors nicht anwandte, erklärt sie auch damit, daß sie zu dem Zeitpunkt noch nicht gewußt hätte, wieviel Aktivität in Tschernobyl noch freigesetzt werden würde. Das vermittelt einen Eindruck von der Flexibilität dieser Kommission.

Die deutlichste Sprache spricht der Vertreter des bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen, Ministerialdirigent Dr. J. Vogl. Nachdem der Völkerrechtler Prof. Dr. Bischof aus Göttingen prüfen lassen will, inwieweit mit rechtlichen Instrumenten gegen Bewertungen *»unqualifizierter Stellen«* vorgegangen werden kann,[8] rät Vogl, die Werte in staatlichen Bekanntgaben *»auf Plausibilität zu prüfen«*,[8] womit dann wahrscheinlich sichergestellt wäre, daß wir *»in Europa mit einer Zunge sprechen«*[1] (S. 62) wie es sich auch Oberhausen aus der SSK wünscht. Für den Fall, daß der nächste Unfall in Bayern passieren sollte, rechnet Vogl damit, daß obwohl Ausbreitungsmodelle zur Vorausberechnung des Fallouts bei Reaktorunfällen da sind, mit Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung erst dann gerechnet werden kann, wenn die *»Kontamination tatsächlich vorliegt«*.[8]

Uns scheint, daß viele Menschen und auch Verantwortliche für dieses Gesetz z.T. unrealistische Vorstellungen über die Folgen eines Reaktorunglücks in der Bundesrepublik haben. Prof. Dr. Aurand,an der Strahlenschutzgesetzgebung in Deutschland seit langem beteiligt, denkt anscheinend ähnlich. *»Aber wir wollen uns doch darüber klar sein, daß wir auch mit ganz anderen Situationen rechnen müssen. Deswegen ist es völlig absurd, das 30-mrem-Konzept übermäßig zu strapazieren und zu glauben, eine Katastrophe lasse sich durch eine Verordnung steuern.«*[1] ♦

Anmerkungen

[1] Vorläufiges Stenographisches Protokoll der 13. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit am 3.11.1986: Öffentliche Anhörung von Sachverständigen zu dem Entwurf des StrVG

[2] Der Präsident der TU Berlin, Forschung Aktuell, Sonderheft Tschernobyl, Nr. 11 - 13 / Jahrgang 3, Berlin Dez. 1986

[3] Strahlenschutzverordnung von 1976

[4] Inge Schmitz-Feuerhake, in: Late Biological Effects of Ionizing Radiation, Vol. 1, IAEA, Wien 1978

[5] Ulrike Fink: Wen schützt die neue StrSchV? Stellungnahme zur geplanten Novellierung im Auftrag der GRÜNEN IM BUNDESTAG; Gruppe Ökologie, Innengarten 31, 3000 Hannover, April 1986

[6] StrVG, Gesetzentwurf vom 29.9.1986, Bundestagsdrucksache 10/6082

[7] StrVG, Bundesgesetzblatt 1986, 2610

[8] Schriftliche Stellungnahme der Experten zur Anhörung zum Entwurf des StrVG

Die Autoren arbeiten am Institut für Atom- und Festkörperphysik der Freien Universität Berlin. Sie sind Mitglieder des Verein ARGUS – Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz (in Gründung). Der Schwerpunkt der Arbeit soll zunächst bei Umweltradioaktivität liegen. Geplant ist eine Erweiterung auf Umwelttoxikologie, gesunde Ernährung u.a. in Zusammenarbeit mit Schulen. Der Verein ist aus der Arbeit der Meßgruppe Radioaktivität am Fachbereich Physik der Freien Universität Berlin entstanden.

Kontakt: Ernst Rößler
Flotowstraße 2
1000 Berlin 45

Aktiv gegen Strahlung

Ständige Radioaktivitätsmessungen von Privatproben könnte keine staatliche Aufgabe sein, äußerte der Berliner Umweltsenator Professor Starnick Mitte Oktober des vergangenen Jahres gegenüber der Presse und versuchte damit, staatliche Verantwortlichkeit nach der Katastrophe von Tschernobyl abzuschieben. Seine Begründung: *»Es gibt doch jetzt eine sogenannte unabhängige Meßstelle, die müssen ja auch was zu tun haben.«*

Tatsächlich begann Mitte Dezember 1986 im Berliner Bezirk Moabit die Unabhängige Strahlenmeßstelle Berlin mit ihrem Meßbetrieb. Mit Hilfe von Spenden und dem Erlös einer Konzert- und Informationsveranstaltung im Spätsommer des vergangenen Jahres konnte eine Grundausstattung zur Messung des radioaktiven Gamma-Spektrums erworben werden. Das Ausmaß der Katastrophe von Tschernobyl, die gleichfalls katastrophale staatliche Informationspolitik und Handlungsweise sowie eine Halbwertzeit etwa von Cäsium-137, die bei dreißig Jahren liegt, veranlaßten Vereine wie Netzwerk, die Berliner Ärzteinitiative gegen Atomenergie, das Medizinische Informations- und Kommunikationszentrum Gesundheitsladen Berlin, Stattwerke, Meßzelle und das Berliner Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz in einem Akt der Selbsthilfe zur gemeinsamen Gründung eines Trägervereins »Aktiv gegen Strahlung« für eine unabhängige Meßstelle.

Die große Verunsicherung und ein nicht befriedigter Informationsbedarf in der Bevölkerung bescherten der unabhängigen Berliner Meßstelle von Anfang an ein fast ununterbrochen klingelndes Telefon und einen derart großen Zulauf, daß die regulären Öffnungszeiten bis heute nicht ausreichen. Zu Arbeitszeiten bis 80 Stunden pro Woche sind die beiden Betreiber Bernd Lehmann und Dr. Peter Plieninger oft gezwungen.

Von allen Kreisen der Berliner Bevölkerung, insbesondere von werdenden Müttern und Eltern kleinerer und älterer Kinder, als Einzelpersonen und in Gruppenzusammenschlüssen, werden die Meß- und Beratungsdienste der Meßstelle in Anspruch genommen. 30.– DM kostet die Untersuchung einer Probe auf den Gehalt an radioaktiven Isotopen wie Cäsium-137 und -134. Auf ein persönliches Gespräch vor und nach der Messung mit dem Auftraggeber legen die Mitarbeiter der unabhängigen Meßstelle besonderen Wert. Gemessen wird mit einem Reinstgermanium-Detektor mit zwanzigprozentiger Effektivität und einem Vielkanal-Analysator, eine Anlage, die herkömmliche wissenschaftliche Standards zumindest erreicht.

Als Standbein der Öffentlichkeitsarbeit und weiteren Service gibt die Unabhängige Meßstelle Berlin einen Umweltinformationsdienst unter dem Titel »Strahlentelex« heraus. Mit seinen Informationen über die Strahlenbelastung von Nahrungsmitteln und Nachrichten zur Einschätzung der Wirkung von Niedrigstrahlung hat das »Strahlentelex« nicht unverdient aus dem Stand heraus einen beachtenswert breiten und überregionalen Leserkreis gefunden. Seit Januar dieses Jahres erscheint es an jedem ersten und dritten Donnerstag im Monat mit einem Umfang von sechs Seiten. *»Geplant waren zweimal im Monat vier Seiten,«* erklärt Thomas Dersee, verantwortlicher Redakteur, der gemeinsam mit den beiden Betreibern der Unabhängigen Berliner Strahlenmeßstelle das »Strahlentelex« erstellt. Informationsfülle und Informationsbedarf der Leserinnen und Leser erzwangen jedoch einen erweiterten Umfang. Die Abonnenten sind zum größten Teil einerseits Ärzte, Wissenschaftler, Ingenieure und andere sogenannte Multiplikatoren, andererseits Eltern, die die Meß- und Beratungsdienste der Meßstelle inanspruchnehmen.

Schwerpunkt jeder Ausgabe des »Strahlentelex« ist denn auch ein »Strahlen-Kompaß«, in dem jeweils eine Produktgruppe auf ihren Radioaktivitätsgehalt untersucht und im Sinne eines vergleichenden Warentests dokumentiert wird. *»Dadurch ist der Unabhängigen Strahlenmeßstelle Berlin und ihrem 'Strahlentelex' die Nennung von Firmennamen möglich, ohne Regressforderungen fürchten zu müssen. Die Zeitschrift 'Test' und die hinter ihr stehende Stiftung Warentest haben bis zu höchstrichterlichen Urteilen Mitte der siebziger Jahre das Recht zur Nennung von Firmennamen erstritten, wenn dies unter Berücksichtigung der Grundsätze des vergleichenden Warentests geschieht«*, erzählt Thomas Dersee. Deshalb erscheint ihm die von anderer Seite oft geübte Zurückhaltung bei der Nennung von Firmennamen eher als Vorwand, der einer Abneigung dagegen aus anderen Gründen vorgeschoben wird. Tatsächlich kann der Verbraucher mit der sonst üblichen Veröffentlichung von Meßergebnissen unter unbestimmten Bezeichnungen wie »Milch aus Bayern« oft kaum etwas anfangen, wenn die Milch in seinem Supermarkt aus einer örtlichen Meierei-Zentrale stammt, die ihre Bezugsquellen nicht offenlegt und noch dazu Milch aus verschiedenen und unterschiedlich radioaktiv belasteten Gegenden kräftig mischt.

Schwerpunktmäßig untersucht und dokumentiert wurden bisher unter anderem Milch und Milchprodukte, Babynahrung, Teigwaren und Säfte, um insbesondere den Eltern für die Ernährung ihrer besonders gefährdeten Kinder Hinweise zu geben. Ergänzend zum jeweiligen Schwerpunkt enthält das »Strahlentelex« aber auch weitere Hinweise und Einschätzungen etwa zu Getreide und Getreideprodukten, Obst, Gemüse, Heil- und Würzkräutern, Tee, Honig, Fleisch und Fisch.

Unter der Betreuung und Mitarbeit eines aus Physikern, Chemikern, Biologen und Ärzten bestehenden wissenschaftlichen Beirates, dem auch namhafte Mitglieder der internationalen Ärzteorganisation IPPNW angehören, veröffentlicht das »Strahlentelex« außerdem aktuelle und prinzipielle Informationen zur Beurteilung der Wirkung von Niedrigstrahlung, gibt Literaturhinweise und kündigt Tagungen, Seminare und andere Veranstaltungen zum Thema an. Schwerpunkte der inhaltlichen Auseinandersetzung im »Strahlentelex« waren bisher die sogenannten Grenzwerte und die Frage ihrer Unbedenklichkeitserklärung, das neu eingeführte Konzept der »effektiven Dosis«, Probleme bei den Kenntnissen über den Radionuklidstoffwechsel sowie die Frage nach akuten vorgeburtlichen Strahlenschäden infolge der sogenannten Niedrigstrahlung seit Tschernobyl.

Gebrauchswert und Informationsgehalt des »Strahlentelex« sind hoch. Im Jahresabonnement kostet es DM 74.– für 24 Ausgaben frei Haus.

Kontakt:
Unabhängige Strahlenmeßstelle Berlin
Wilsnacker Straße 15
D - 1000 Berlin 21

♦